

Wollen Sie dieses Volksschulgesetz wirklich?

Diese Woche bekam ich von einem mir bekannten Lehrer ein Mail mit dem Titel «Wollen Sie dieses Volksschulgesetz wirklich?». Darunter wurde der Vorschlag des Zürcher Kantons- und Regierungsrates mit den Prädikaten «überladen – unseriös – unbezahlbar» abgekanzelt. Als erster Gedanke dazu ging mir durch den Kopf «Die Welt dreht sich – und nur die Lehrerinnen und Lehrer stehen still.»

Dieser Eindruck wurde am anderen Morgen beim Zeitungslesen bestätigt. Lächelte mir doch unser Fussballnationalcoach Köbi Kuhn von der Zürichseite des Tages-Anzeigers entgegen. Und er, der ebenfalls mit jungen Menschen gearbeitet und mit der U21-Nationalmannschaft grosse Erfolge gefeiert hatte, sagte: «Es gibt keine Weiterentwicklung ohne Veränderung.»

Und ich frage mich, was denn Lehrerinnen und Lehrer dagegen haben könnten, wenn in Zukunft die Kinder etwas früher den Umgang mit Buchstaben und Zahlen lernen, wenn sie den halben Tag in der Schule betreut werden oder wenn sie in der Primarschule Englisch sprechen und am Computer arbeiten? Dagegen können auch Lehrerinnen und Lehrer nicht sein. Also muss es viel mehr gegen die Einrichtung von Schulleitungen und einer professionellen Schulaufsicht gehen. Als Elternteil und als Steuerzahler wäre ich aber froh zu wissen, dass auch die Lehrerinnen und Lehrer nicht machen können, was sie wollen, sondern, wie andere Berufstätige auch, ihre Leistungen offenlegen und beurteilen lassen.

Als dann auf der Fahrt ins Büro auf einer Litfasssäule von zwei verschiedenen politischen Seiten die Nein-Parole zu den Bildungsreformen empfohlen wurde, begann ich mich etwas zu ärgern. Nicht über die Nein-Empfehlungen, sondern über die Abwesenheit der Befürworter-Plakate. Und ich wunderte mich, warum die Wirtschaft, die sonst immer von Bildung als wichtigster Rohstoff predigt, sich nicht für die Bildungsvorlagen engagiert.

Der Widerstand der konservativen Lehrerinnen und Lehrer könnte sich als Eigentor entpuppen. Wenn die öffentliche Volksschule keine Modernisierungen mehr zulässt, werden immer mehr Eltern fortschrittliche private Angebote wählen: es kommt dann zu einer Zweiklassenschule. Die Reichen ziehen in «bessere» Quartiere oder Gemeinden, oder sie schicken ihre Kinder in Privatschulen. Damit würde der Bildungskanton Zürich extrem geschwächt. Denn die umliegenden kleineren Kantone haben die von Regierungsrat Buschor initiierten Reformelemente mittlerweile übernommen und sind daran, Zürich rechts zu überholen.

Mit einem dreifachen Ja zu den Bildungsvorlagen im Kanton Zürich investieren wir in eine moderne Schule, die Kindern aus allen Schichten eine in die Zukunft gerichtete Bildung ermöglicht.

Christian Aeberli, Vater und Bildungswissenschaftler, Zürich